

Freiheit und Sicherheit.

Innenpolitik.

Moderne Ausstattung der Polizei.

Wir unterstützen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der sachlichen Ausstattung und der Einsatzmittel der Polizei. Wir fordern, dass die Nutzung von Tasern als milderer Mittel gegenüber der Schusswaffe bereits im Rahmen der Ausbildung für Polizei-beamtinnen und -beamte verpflichtend wird. Darüber hinaus sollen regelmäßig Schulungen hinsichtlich der Nutzung von dieser stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass in jedem Polizeiwagen ein Taser als Ausstattung gegeben ist. Dadurch wird eine verhältnismäßigere Ausübung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei sichergestellt.

Höhere Gebühren für Polizeieinsätze.

Rechtswidrige Protestformen wie die Straßenblockaden der Klimakleber stören nicht nur die Freiheit aller. Die mutwillig provozierten Polizeieinsätze sind auch teuer. Die Kosten, die die Allgemeinheit zu tragen hat, werden durch die bislang erhobenen Gebühren nicht ausreichend gedeckt. Neue

Protestformen erfordern einen teils beachtlichen Aufwand der Polizei, wie etwa das Herausfräsen von Händen, die mit speziellem Kleber an Straßenbeton geklebt werden. Wir Freie Demokraten werden das Kostenrecht überarbeiten und die entsprechenden Gebühren erhöhen, damit die Kostendeckung gewährleistet wird.

Videoüberwachung nur an neuralgischen Punkten.

Wir setzen uns entschieden gegen anlasslose und flächendeckende Videoüberwachung ein. Sie stellt keinen Ersatz für die Präsenz von Polizeikräften vor Ort dar. Nur vereinzelt können Überwachungskameras an neuralgischen Punkten einen ausreichenden Beitrag zur Aufklärung von Kriminalität liefern. Deshalb bedarf es einer sehr genauen Prüfung der Verhältnismäßigkeit und Aufnahmen müssen – sollten sie keine strafrechtlichen Inhalte enthalten – nach gewisser Zeit (bspw. maximal 48 Stunden) durch das Überschreiben der Aufnahmen sicher gelöscht werden.



Foto: justhavebook - istockphoto.com/de (Agenturfoto, Mit Model gestaltet)



Foto: Marja - istock.adobe.com

Land Hessen als Arbeitgeber attraktiver machen.

Wir wollen, dass das Land Hessen auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Eine leistungsfähige Verwaltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerberinnen und Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Hierzu gehört, dass die verfassungsmäßige Besoldung für Beamte unverzüglich wiederhergestellt wird. Konkret werden wir uns an den Vorgaben des BVerfG orientieren und insbesondere das Mindestabstandsgebot von 15 Prozent zum Grundsicherungsniveau halten.

Rechtspolitik.

Das moderne Gericht (E-Justice).

Die Regierung hat die Digitalisierung der hessischen Justiz bisher verschlafen. Wir wollen die Versäumnisse der letzten Legislaturperioden mit einem Digitalisierungsturbo aufholen. Wir setzen uns dafür ein, dass Anwältinnen und Anwälte sowie

Bürgerinnen und Bürger mittels moderner Kommunikationsmittel mit der Justiz kommunizieren können. Unser Ziel ist der papierlose Gerichtssaal. Wir wollen den elektronischen Rechtsverkehr weiter ausbauen. Dies erfordert die Bereitstellung der notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen. Wir wollen sicherstellen, dass die Vorteile des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches (beA) auch durchgängig barrierefrei von der Justiz genutzt werden. In geeigneten Fällen sollen Zeugenvernehmungen und Gerichtsverhandlungen per Videokonferenztechnik erfolgen können. Die Grundbuchakte ist bürgernah und effektiv einer vollelektronischen Lösung zuzuführen.

Häusliche Gewalt effektiv bekämpfen.

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auch auf Landesebene schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller und sexualisierter Gewalt ermöglichen. Dazu prüfen wir auch in Hessen die Einführung bereits angela-

fener Pilotprojekte – wie etwa das vom Bundesministerium der Justiz geförderte Projekt „Gewaltfrei in die Zukunft“. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Polizei und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns auch für einen zeitnahen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen ein. Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig beim Besuch der Frauenärztin oder des Frauenarztes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wollen wir eine besser ausgebaut und institutionalisierte präventive sowie repressive Täter- und Täterinnenarbeit.

Präventive Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch.

Wir wollen uns auch weiterhin für die Umsetzung präventiver Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch einsetzen. Dazu sollen Programme zur Prävention ausgebaut werden. Ebenso soll es ein ausreichendes Angebot an psychologischer Betreuung für ehema-

lige Gefangene geben, die nach einer einschlägigen Verurteilung aus der Haft entlassen wurden. Grundrechtskonforme Verfahren zur Sicherung von Daten sollen ausgebaut werden, um Straftäterinnen und Straftäter der Online-Kinderpornografie leichter ermitteln zu können. Die stark angestiegene Zahl von Minderjährigen, die als Beschuldigte in Ermittlungsverfahren zur Kinderpornografie stehen, sieht die FDP mit großer Sorge. Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, sich niederschwellig vertrauensvoll polizeilich beraten zu lassen. Dazu ist ein Angebot aufzubauen, welches sich dieser Thematik online annimmt, um Eltern, Lehrkräfte und betroffene Kinder zu informieren und zu beraten. Über die Erreichbarkeit dieses Angebots sind alle Schülerinnen und Schüler ab der 4. Klasse zu informieren.



Foto: Heve a nice day - istock.adobe.com